

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



Liebe Genossinnen und Genossen,

der Wechsel an der Parteispitze der SPD hat uns in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Wochen alle bewegt. Kurt Beck ist vom Parteivorsitz zurückgetreten. Ich bedauere diese Entscheidung sehr, dennoch verdient sie unseren tiefen Respekt. Kurt Beck hat die Parteiführung in einer schwierigen Zeit übernommen. Er hat es verstanden, der Partei inhaltliche Orientierung zu geben. Das Hamburger Programm hat er erfolgreich auf den Weg gebracht. Es bleibt weiterhin Leitlinie unserer sozialdemokratischen Politik. Wir alle sind Kurt Beck zu großem Dank verpflichtet.

Jetzt kommt es darauf an, den Blick nach vorne zu richten. Ich freue mich darüber, dass Frank-Walter Steinmeier die Kanzlerkandidatur übernimmt. Mit ihm haben wir den richtigen Kandidaten. Seine Klarheit setzt sich wohltuend von einer Kanzlerin ab, deren Markenzeichen die Beliebigkeit ist. Ich bin mir sicher, dass wir mit Frank-Walter Steinmeier die Bundestagswahl gewinnen werden. Wir wollen ihn von Nordrhein-Westfalen aus mit aller Kraft unterstützen.

Auch die Nominierung von Franz Müntefering zum neuen Parteivorsitzenden begrüße ich sehr. Franz wird mit seiner großen Erfahrung und seiner Entschlossenheit dazu beitragen, dass die SPD wieder in die Offensive kommt. Ich habe mich besonders darüber gefreut, dass Franz Müntefering eine Einladung zur Klausurtagung unseres Landesvorstandes in Kleve angenommen hat. Er hat dort an alle Genossinnen und Genossen appelliert, selbstbewusst und zuversichtlich in die Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner zu gehen. Er hat in unnachahmlicher Weise deutlich gemacht, warum Sozialdemokratie auch und gerade im Zeitalter der Globalisierung gebraucht wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, die vor uns liegenden Wahlen sind nicht entschieden. Die SPD hat alle Chancen, wenn wir geschlossen und, wie gewohnt, mit großer Leidenschaft unsere guten Konzepte vertreten. Die Aufholjagd beginnt jetzt: Mit Frank-Walter Steinmeier, mit Franz Müntefering und mit allen Genossinnen und Genossen in Nordrhein-Westfalen.

Eure Hannelore Kraft



Wahlwerkstatt in Wuppertal:

WAHLKAMPF KÖNNEN WIR!

Nicht nur das Wetter war am 30. August in Wuppertal unschlagbar. Auch die Wahlwerkstatt der NRWSPD war ein voller Erfolg. Über 300 Genossinnen und Genossen kamen in die Gesamtschule Barmen, um sich Anregungen für den Kommunalwahlkampf im kommenden Jahr zu holen. Die Veranstaltung richtete sich an alle aktiven Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer in NRW.

Zum Auftakt der Veranstaltung sprach Hannelore Kraft zu den Gästen. Sie ermutigte die Genossinnen und Genossen, sich nicht von Umfragewerten beeindrucken zu lassen. „Bis zu den Wahlen wird noch viel Wasser die Wupper herunter fließen“, sagte die Vorsitzende der NRWSPD. Wichtig sei es, sich immer wieder darauf zu besinnen, dass „die SPD die besseren Konzepte hat“. Dies müsse den Menschen im Wahlkampf immer wieder vermittelt werden, dann werde die SPD auch erfolgreich sein. „Wir werden einen kraftvollen Wahlkampf hinlegen. Dafür wollen wir uns heute schon anständig vorbereiten“, rief Hannelore Kraft den Anwesenden zu.

In fünf Foren wurden sodann Themen angesprochen, die allesamt von erheblicher Relevanz für den Wahlkampf sind. In Forum 1 erklärten die Referenten alles Wissenswerte über Neuerungen beim Wahlrecht, während die Genossinnen und Genossen in Forum 2 eine umfassende Einführung in den Internetwahlkampf erhielten. Martin Gorholt, Bundesgeschäftsführer der SPD, war extra aus Berlin angereist, um den Zuhörerinnen und Zuhörern in Forum 3 die wichtigsten Informationen zur Europawahl mit auf den Weg zu geben. Es ist nicht auszuschließen, dass Europa- und Kommunalwahl im kommenden Jahr auf einen Termin fallen – auch wenn die SPD-Landtagsfraktion gegen ein entsprechendes Gesetz der Landesregierung Klage vor dem Landesverfassungsgericht

eingereicht hat. Forum 4 richtete sich besonders an Jung- und Erstwähler und beantwortete die Frage „Wählen gehen – warum?“. In Forum 5 diskutierten die Genossinnen und Genossen das Thema „Wahlkampf für Migranten/innen“.

Nachdem sich alle in der Mittagspause gestärkt hatten, nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, sich über die Produkte verschiedener Firmen rund um das Thema Wahlkampf zu informieren. Das Angebot an den 14 Ständen reichte von Werbemitteln über Typberatung für Kandidaten/innen bis hin zu Meinungsumfragen und Außenwerbung. Hier kamen die Genossinnen und Genossen miteinander ins Gespräch, tauschten sich aus und holten Angebote für ihre Wahlkampfplanung ein.

Nach Ende der erfolgreichen Veranstaltung zog es viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Wahlwerkstatt noch auf den NRW-Tag, der ebenfalls in Wuppertal stattfand. Hier feierten sie mit 600 000 anderen Besuchern den 62. Geburtstag ihres Bundeslandes. Die Ergebnisse der Wahlwerkstatt können im „Mitmach-Center“ unter www.nrwspd.de eingesehen werden (vorherige Registrierung notwendig). ■

MÜNTEFERING FÜHRT NRW-LISTE AN

Der designierte Parteivorsitzende Franz Müntefering ist bei der Vorstandsklausur der NRWSPD in Kleve einstimmig als Spitzenkandidat des mitgliederstärksten Landesverbandes für die Bundestagswahl nominiert worden. „Ich freue mich über die Entscheidung des Landesvorstandes“, erklärte Müntefering. Er wolle „nicht nur Parteivorsitzender sein, sondern ein Stück weit Politik im Deutschen Bundestag gestalten“.



„WÖLFE IM SCHAFSPELZ“

INTERVIEW MIT DEM INNENPOLITISCHEN SPRECHER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION, DR. KARSTEN RUDOLPH

Die rechts-populistische Partei „Pro NRW“ geht mit Anti-Islam-Kampagnen in Nordrhein-Westfalen auf Stimmenfang. Inzwischen gründet sie vielerorts regionale Ableger. Wir wollten genauer wissen, wer sich hinter „Pro NRW“ verbirgt. Dr. Karsten Rudolph, Innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, hat uns Antworten gegeben. Wer sind eigentlich „Pro NRW“?

Rudolph: Das sind teilweise bekannte Neonazis, von denen man weiß, dass sie eine lange Karriere in der rechtsextremen Szene haben, bei den Republikanern oder bei der NPD aktiv waren. Und andererseits Bürger, die man angesprochen hat und die glauben, sie seien in einer Bürgerbewegung, die nichts mit Neonazis zu tun hat. Die werden da für eine Sache missbraucht, hinter der ganz klar Rechtsradikale stehen.

Was ist das Gefährliche an „Pro NRW“?

Rudolph: Gefährlich ist, dass sie sich so ein bürgerliches Gewand geben, das seriös daherkommt. Über die geschürte Islamophobie versuchen sie dann, einen Grund zu erzeugen, warum man sich gegen etablierte Parteien wendet, in dieser Initiative organisiert und da Politik macht. Das sind Wölfe im Schafspelz.

Wie sieht das der Verfassungsschutz?

Rudolph: Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen beobachtet „Pro NRW“ schon seit geraumer Zeit. Er weiß von der Verbindung ins rechts-extreme Lager, die Personen sind bekannt und er schätzt die Gefahr relativ groß ein. Er geht davon aus, dass sie in einigen Regionen nichts anderes sind als eine Tarnorganisation von ehemaligen NPD-Mitgliedern.

Mit welchen Methoden gehen die auf Stimmenfang?

Rudolph: Der Ausgangspunkt ist immer, Überfremdungsängste, die es mitunter in der deutschen Bevölkerung gibt, zu schüren. Und das koppeln sie an eine Terrorismusfurcht an. Da wird schnell der Bogen gespannt von Al Qaida – Islamistischer Terrorismus – Islamisten – zu Muslimen bei uns vor Ort in der Moschee in Köln, Dortmund oder Gelsenkirchen.

„Pro NRW“ haben Anti-Islam-Kampagnen als zentrales Thema, machen einen dreitägigen Anti-Islamisierungskongress in Köln. Als Redner

sind rechts-extreme Politiker aus Italien, Frankreich und den Niederlanden eingeladen.

Rudolph: Die Taktik ist insofern besonders perfide, weil sie sich einen europäischen Anstrich geben. Das ist nicht mehr die Methode der alten Nazis, die Nation zu überhöhen. Nein, sie suchen Bündnispartner in europäischen Nachbarländern, um dann Europa gegen eine vermeintliche islamistische Bedrohung zu verteidigen. Man kann ihnen nicht unterstellen, sie würden offen Antisemitismus reproduzieren. Sie schieben das Ganze auf eine andere Ebene und versuchen eine Art „Internationale des christlichen Europas“ zu bilden, gegen eine vermeintliche Überfremdung, die aus arabischen oder asiatischen Ländern kommt.

Nehmen die demokratischen, etablierten Parteien latent vorhandene Ängste bei den Bürgern nicht ernst genug?

Rudolph: Ganz wichtig ist, dass man Vermittlungsarbeit leistet und Ängste, die da sicherlich bestehen, versucht zu überwinden. Da haben Parteien, wie die SPD, eine wichtige Scharnierfunktion. Sie können nämlich zeigen, dass diejenigen, die sich in muslimischen Gemeinden treffen, gar nicht so fremd sind. Wir müssen mit Muslimen genauso umgehen wie mit Katholiken oder Protestanten, die sich in ihren Kirchen engagieren. Was jetzt dazukom-

men muss, das sind Sozialdemokraten, die auch in gemäßigten, muslimischen Glaubensgemeinschaften aktiv sind. Damit würde die SPD auch einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten.

„Pro NRW“ gehen mit Flugblättern, Schülerzeitungen und rechten Musik-CDs auf die Schulhöfe. Was kann man dagegen setzen?

Rudolph: Man muss lernen, dass das, was „Pro NRW“ propagiert, keine dumpfe Ausländerfeindlichkeit ist wie die der NPD. Das Wichtigste, was die SPD macht, ist Gegenüberklärung. Selber Material erstellen, Diskussionen und Initiativen starten, die ganz konkret gegen derartige Versuche halten.

Bedeutet „Pro NRW“ für die demokratischen Parteien in Hinblick auf Kommunal- und Landtagswahlen eine Gefahr?

Rudolph: Man muss da jetzt nicht übertreiben und dämonisieren. Die Demokratie und der Rechtsstaat sind stark genug. Aber der Weg ist relativ steinig, weil wir nicht daran gewöhnt sind, dass wir Moscheen in unseren Innenstädten haben. Insofern ist die SPD gut beraten, wenn sie einen Normalisierungsprozess mitgestaltet und sagt, auch die Kirchen, die keine spitzen Dächer haben, sind Gotteshäuser, und was darin passiert, ist nicht unbedingt extremistisch. Das ist auch eine entscheidende Aufgabe der SPD. Dass sie für eine Gesellschaft da ist, die offen ist für Religion, aber religiösen Übertreibungen und Extremismus begegnet.

Mehr Informationen über „Pro NRW“ und „Pro Köln“ findest du hier:

www.laga-nrw.de

www.im.nrw.de/sch/29.htm

Das Interview führte Tanja Meier. ■

PRIVATISIERUNG DER SPARKASSEN STOPPEN

ÜBER 8.000 DEMONSTRANTEN WEHREN SICH GEGEN PLAN DER LANDESREGIERUNG

„Die Landesregierung schafft ein Einfallstor für eine Privatisierung unserer Sparkassen“, warnte Hannelore Kraft am 11. September unter dem Applaus von rund 8.000 Demonstranten in Düsseldorf. Am Tag der Landtagsanhörung zum geplanten NRW-Sparkassengesetz hatte die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Sparkassen-Beschäftigten in NRW zum Protest aufgerufen.

Gemeinsam mit der Gewerkschaft befürchtet die NRWSPD durch die Gesetzesnovelle der schwarz-gelben Koalition eine schleichende Privatisierung der Sparkassen. Die Kommunen könnten dann nämlich ihre Einlagen an der Sparkasse oder Teile der Sicherheitsrücklage als Trägerkapital ausweisen. Diese Bestimmung kann dann dazu dienen, einen Verkauf kommunaler Anteile an den Kassen vorzubereiten.

„Privat vor Staat ist der falsche Weg!“ bekräftigte Kraft in ihrer Rede. Sie forderte die Sparkassenbeschäftigten dazu auf, ihre Kunden über die Pläne von CDU und FDP aufzuklären. Denn: „Die Landesregierung setzt darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger das Sparkassengesetz nicht verstehen.“

Die SPD-Landesvorsitzende erklärte, dass das geltende Sparkassengesetz eine Mauer gegen die Wirtschaftsliberalen in der EU-Kommission

zum Schutz des öffentlich-rechtlichen Bankensystems in Deutschland sei. Kraft: „In diese Mauer schlagen Rüttgers und Linssen ein Loch!“

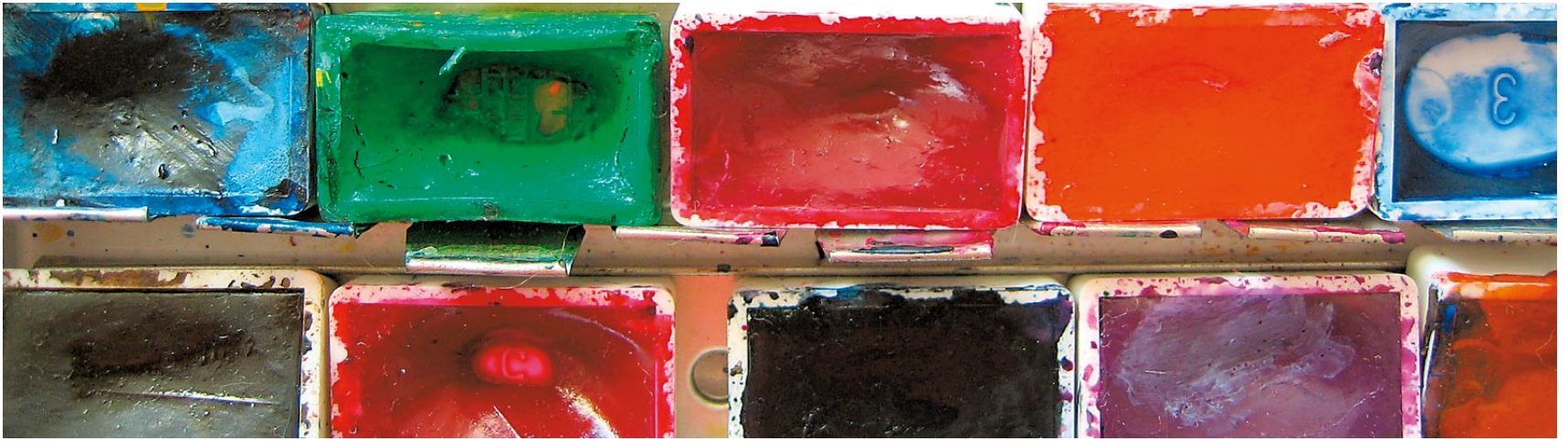
Während bisher die von den Sparkassen erzielten Gewinne für gemeinnützige Zwecke verwendet werden müssen, soll dies nach dem Willen der CDU/FDP zukünftig im Ermessen des kommunalen Trägers stehen. Damit gerät die wertvolle und weitgehend unersetzliche finanzielle Unterstützung sozialer, kultureller, sportlicher und sonstiger gemeinnütziger Projekte vor Ort durch die Sparkassen in Gefahr.

Die Sparkassen bieten 63.000 Menschen einen sicheren Arbeitsplatz und garantieren jedem ein eigenes Konto. „Wir brauchen selbstständige und starke Sparkassen in NRW“, hatte auch Michael



Groschek, Generalsekretär der NRWSPD, in seinem Demonstrationsaufruf bekräftigt. Wenn es die Sparkasse in ihrer jetzigen Form nicht mehr gibt, gibt es auch keine Garantie mehr für ein Girokonto. ■

Die NRWSPD und die Landtagsfraktion haben verschiedene Materialien für eure Aktion gegen das Sparkassengesetz erarbeitet. Ihr erhaltet sie über die Pressestelle der NRWSPD (Tel.: 0211-13622319) bzw. die Pressestelle der Fraktion (Tel.: 0211-8842061).



Fotograf: Thorsten Schon/ fotolia.com

KULTURPOLITISCHER AUFBRUCH IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Es gibt einen neuen kulturpolitischen Gesprächskreis in Nordrhein-Westfalen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn hat in den letzten Wochen das „Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung für Kultur und Kunst in Nordrhein-Westfalen“ ins Leben gerufen. An der Spitze steht als Sprecher des Forums der ehemalige Innen- und Justizminister des Landes und jetzige Vorsitzende des Kulturausschusses im Landtag, Dr. Fritz Behrens.

„Das Forum hat sich die Aufgabe gestellt, den Dialog zwischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft einerseits und den Kulturschaffenden andererseits zu fördern und zu intensivieren. Es will die öffentliche Debatte in NRW durch Veranstaltungen bereichern und zu aktuellen Diskursen und Positionsbestimmungen über den Stellenwert von Kultur in unserer Gesellschaft beitragen. In den nächsten zwei Jahren soll der Fokus vor allem auf die Kulturhauptstadt 2010 und deren Chancen und Perspektiven gerichtet sein. Jeder der mitmachen möchte, ist herzlich eingeladen“, sagte Fritz Behrens dem Vorwärts. Schon die erste Veranstaltung am 13. August 2008 mit Prof. Gesine Schwan im Düsseldorfer „Malkasten“ war ein voller Erfolg.

Die nächste Veranstaltung des Forums wird sich am 14. Oktober 2008, 19.30 bis 21.30 Uhr, im Schlösschen der Bezirksregierung Düsseldorf mit dem Thema „Kultur Macht Staat“ beschäftigen. Der Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts NRW (KWI) in Essen, Prof. Dr. Claus Leggewie, hält ein Grundsatzreferat. Anschließend wird eine Diskussionsrunde das Thema vertiefen. Unter der Moderation von Prof. Dr. Oliver Scheytt, Geschäftsführer der Ruhr 2010 GmbH und Kulturdezernent der Stadt Essen werden Prof. Leggewie, Helge Achenbach (Achenbach Art Consulting) und Siegmund Ehrmann vom Ausschuss für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag diskutieren. Als weitere Diskussionsteilnehmer werden Hannelore Kraft, Landesvorsitzende der NRWSPD, Karin Beier, Intendantin des Schauspielhauses Köln, Bernhard Paul (Circus Roncalli) und Andreas Gursky, Fotokünstler aus Düsseldorf, erwartet.

Für eine weitere Veranstaltung Ende November konnte der Kanzlerkandidat der SPD, Frank-Walter Steinmeier, gewonnen werden. Das Thema lautet: „Internationalität – Interkulturalität 2010: eine Chance für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Metropolregion Ruhr“. Das Forum wird rechtzeitig über die weitere Gestaltung dieser Veranstaltung informieren.

Ansprechpartner: hans.duncke@fes.de ■



Dr. Fritz Behrens

Neue „Inform“-Ausgabe ist da

Die neueste Ausgabe des „Inform“ ist da. Sie gibt Auskunft über alle Angebote rund um das Thema Kommunalwahlkampf. Erhältlich ist „Inform“



über die jeweiligen Unterbezirke oder im „Mitmach-Center“ unter: **www.nrwspd.de** (vorherige Registrierung notwendig).

über die jeweiligen Unterbezirke oder im „Mitmach-Center“ unter: **www.nrwspd.de** (vorherige Registrierung notwendig).

**DIE NRWSPD
GRATULIERT
IM OKTOBER...**

...ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

- 60 Jahre** Maria Krause
Klaere Schnorbus
- 55 Jahre** Heinrich Heil
Rolf Vogt
- 50 Jahre** Helmut Barth
Klaus Bölling
Hans Bongard
Herbert Burmeister
Alfred Fleuren
Heinrich Gräser
Heinrich Hufer
Heinz Hutmacher
Werner Kennchen
Hans Seemann

...ZUM GEBURTSTAG

- 103 Jahre** Hans Kieselbach
- 100 Jahre** Oswald Schramm
- 99 Jahre** Erna Jakobs
Waldtraudt Steimle
Anni Westheide
- 98 Jahre** Hermann Haase
Rosa Heim
Charlotte Scholzen
Mine Sikorski
- 97 Jahre** Willi Heidger
Lina Werkmeister
- 96 Jahre** Hilde Dohrn
Nora Kuntzsch
Herta Kunz
Emmi Lipa
Frieda Pepmeier
Franz Risse
- 95 Jahre** Erna Luise Eidmann
Marga Hammermann
Erika Vosseler



Vorstand der AfA-Betriebsgruppe für den Konzern Deutsche Telekom: Alexander-Frank Paul, Stefan Heinze und Isolde Kießling (v.l.n.r)

**AFA-BETRIEBSGRUPPE FÜR
DEUTSCHE TELEKOM GEGRÜNDET**

13 Genossinnen und Genossen haben sich am 27.08.08 in Bonn versammelt, um eine Betriebsgruppe der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) innerhalb der Deutschen Telekom zu gründen. Klaus Mehren, AfA-Vorsitzender des Unterbezirks Bonn, freute sich über die Gründung der Telekom-Betriebsgruppe. „Damit ist nun auch ein großes Wirtschaftsunternehmen in der AfA Bonn und im Unterbezirk vertreten“, so Mehren. Bisher seien vor allem Ministerien und Behörden in der AfA Bonn.

Bei ihrem nächsten Treffen will die Betriebsgruppe darüber diskutieren, welche sozialen Verpflichtungen der Telekom-Konzern trotz wirtschaftlicher Interessen gegenüber seinen Mitarbeitern hat. Dieses Thema sei vor allem vor dem Hintergrund der massiven Schließungen von Call-Center-Standorten aktuell. ■

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Bernd Neuendorf, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf
REDAKTION: Tanja Meier, Julia Stöcklein, Andreas Uphues | **EMAIL:** vorwaerts@nrwspd.de | **INTERNET:** www.nrwspd.de